

# Bulgarien

Johanna Deimel

Europapolitisch war das letzte Jahr von Bulgariens Präsidentschaft im Rat der Europäischen Union und dem weiterhin erfolglosen Anliegen, dem Euro- und Schengenraum beizutreten, geprägt. Anlass zur Sorge bieten Rückschritte im Bereich der Pressefreiheit sowie die durch die ausbleibende Unterzeichnung der „Istanbuler Konvention“ deutlich gewordene Infragestellung liberaler Werte in Bulgarien.

## EU-Ratspräsidentschaft

Die Skepsis war groß, ob ein Land, das seit 2007 dem sogenannten Kooperations- und Verifikationsmechanismus (CVM) unterliegt und mit den Vereinigten Patrioten (VP) rechtsgerichtete, anti-europäische Parteien in der Regierung hat, in der Lage sein wird, die EU-Ratspräsidentschaft im ersten Halbjahr 2018 zu bewältigen. Die Zielsetzungen für die Präsidentschaft waren eng mit der sogenannten Troika (bestehend aus der vorherigen Präsidentschaft, Estland, der amtierenden Bulgarien und der nachfolgenden EU-Ratspräsidentschaft Österreich) abgestimmt und die Koordinierungs- und Vermittlungsaufgabe, die mittlerweile den Kern der Präsidentschaft ausmacht, hat Bulgarien gut bewältigt. Vier Schwerpunkte hatte sich Bulgarien gesetzt: Wirtschaftswachstum und sozialer Zusammenhalt, Westlicher Balkan, Sicherheit und Stabilität sowie Digitalisierung. Besonders für den Westlichen Balkan sollten neue Impulse gesetzt werden. Zu Beginn der EU-Ratspräsidentschaft traf der Präsident des Europäischen Rats Donald Tusk mit Blick auf den Westlichen Balkan die Analogie zu „Game of Thrones“, denn dort gehe es darum, den Einfluss Russlands, der Türkei und anderer Staaten einzudämmen und zugleich neue Anreize für Reformen zu schaffen.<sup>1</sup> Allerdings wurden die Hoffnungen der Westbalkanstaaten auf klare Beitrittsperspektiven, die durch die „Balkan-Strategie“ der EU-Kommission im Februar 2018 noch genährt worden waren, auf dem sogenannten Balkan-Gipfel am 17. März 2018 in Sofia gedämpft.<sup>2</sup> Regional aber ist viel in Bewegung gekommen: Bulgarien und Mazedonien haben am 1. August 2017 einen Vertrag über gute Nachbarschaft unterzeichnet, und Griechenland und Mazedonien haben am 17. Juni 2018 mit einem Abkommen den jahrzehntelangen Streit um den Namen Mazedonien beigelegt.<sup>3</sup> Am Ende des EU-Ratsvorsitzes Juni 2018 stellten auch die Bürger Bulgariens ihrer Regierung durchweg ein gutes Zeugnis aus.<sup>4</sup> Insgesamt ist das Image, das die EU in Bulgarien genießt, ausnehmend gut,

---

1 Zoran Radosavljevic: Tusk warns against ‘Game of Thrones’ in Balkans, in: Euractiv 12.1.2018.

2 Vgl. hierzu auch die Beiträge „Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik“ sowie „Die Erweiterungspolitik der EU“ in diesem Jahrbuch.

3 Markus Bernath: Griechische Opposition kritisiert Einigung im Namensstreit, in: Der Tagesspiegel, abrufbar unter: <https://www.tagesspiegel.de/politik/mazedonien-griechische-opposition-kritisiert-einigung-im-namensstreit/22682064.html> (letzter Zugriff: 23.10.2018); Vgl. hierzu auch die Beiträge „Griechenland“ und „Mazedonien“ in diesem Jahrbuch.

4 Alpha Research: Bulgarians and the EU Presidency: Before and after, auf Bulgarisch abrufbar unter: <https://alpharesearch.bg/post/937-bulgarite-i-evropredsedatelstvoto-predi-i-sled.html> (letzter Zugriff: 23.10.2018).

wie das Eurobarometer vom Frühjahr 2018 zeigt. Demnach schätzen 56 Prozent die EU als sehr positiv (EU-Durchschnitt 40 Prozent).

Nicht nur der wachsende türkische Einfluss in der Region Westlicher Balkan bewegte den bulgarischen Premier Boiko Borissov als EU-Ratsvorsitzenden, am 26. März 2018 in Varna gemeinsam mit Jean-Claude Juncker, Präsident der Europäischen Kommission, und EU-Ratspräsident Donald Tusk ein Spitzentreffen auszurichten. Auch der türkische Präsident Recep Tayyip Erdogan forderte dieses Treffen, nachdem er – zu seiner Verärgerung – nicht zum Westbalkan-Gipfel nach Sofia eingeladen worden war. Borissov versucht als unmittelbares Nachbarland zur Türkei keine Gefahr für das EU-Türkei-Flüchtlingsabkommen aufkommen zu lassen. Bulgarien lieferte auf Wunsch Ankaras 2016 Gülen-Anhänger aus und erklärte sich Ende Mai 2018 bereit, 14 im Land tätige Organisationen nach deren Verbindungen zu Gülen zu untersuchen. Ebenso duldete Sofia einen aus der Türkei organisierten Wahltourismus in die bulgarische Stadt Kardzhali zu Wahlkampfzwecken und zu den Wahlen in der Türkei am 24. Juni 2018.

### **Euro- und Schengenraum bleiben Bulgarien verwehrt**

Kommissionschef Juncker hatte Anfang 2018 angeregt, Länder wie Bulgarien baldmöglichst in den Euroraum aufzunehmen. Bulgarien drängt seinerseits auf einen Eurobeitritt und hätte dafür die formalen Beitrittskriterien für den Wechselkursmechanismus, wie ein ausgeglichenes Staatsbudget, Preisstabilität, Zinssätze und eine Schuldenquote von unter 30 Prozent erfüllt.<sup>5</sup> Zudem hat das Land ohnehin seit der Währungskrise 1996/1997 und der folgenden Einrichtung eines Währungsrats seine Währung zuerst an die D-Mark, dann an den Euro gekoppelt. Finanzminister Vladislav Goranov bekräftigte im Juni 2018 erneut das Ansinnen, binnen eines Jahres sowohl dem Wechselkursmechanismus für den Eurobeitritt als auch der Bankenunion beizutreten. Dies aber stößt nach den Erfahrungen mit Griechenland und mit Blick auf potentielle neue Krisen (Italien) auf Widerstand unter den Mitgliedern der Währungsunion, allen voran von Deutschland.<sup>6</sup> Der Konvergenzbericht der Europäischen Kommission vom Mai 2018 bescheinigt Bulgariens Unreife und führt hierfür unter anderem an, dass die Unabhängigkeit der Zentralbank nicht gewährleistet und die Korruption hoch sei. Kritiker führen ebenso wirtschaftliche Argumente ins Feld, da Bulgarien mit einem pro-Kopf-Einkommen von nur 49 Prozent des EU-Durchschnitts nach wie vor das ärmste Land innerhalb der EU ist. Außerdem macht der Bankensektor Sorgen, der unter anderem nach dem Zusammenbruch der Corporate Commercial Bank 2014 nur durch einen Notkredit der EU von 1,7 Mrd. Euro stabilisiert werden konnte.

Schwerwiegende Rückschritte bei der Rechtsstaatlichkeit in Polen haben im Mai 2018 zum Vorschlag der Europäischen Kommission geführt, zukünftig neue Instrumente einzuführen, um bei Verstößen den Zugang zu EU-Mitteln einzuschränken oder zu versperren.<sup>7</sup> Bulgarien ist pro-Kopf der größte Netto-Empfänger in der EU. Entsprechend groß ist die Empörung, Rechtsstaatlichkeit zu einem Kriterium für die Vergabe von Kohäsionsgeldern einzuführen. Dies werde als politische Einmischung und Ungleichbehandlung der

---

5 Report from the Commission to the European Parliament and the Council: Convergence Report 2018, 23.5.2018, COM(2018)370.

6 Cerstin Gammelin: Lieber ohne Sofia, in: Süddeutsche Zeitung, 1.3.2018.

7 Europäische Kommission: Ein EU-Haushalt für die Zukunft, 2. Mai 2018, abrufbar unter: [https://ec.europa.eu/commission/sites/beta-political/files/budget-proposals-financial-management-rule-law-may2018\\_de.pdf](https://ec.europa.eu/commission/sites/beta-political/files/budget-proposals-financial-management-rule-law-may2018_de.pdf) (letzter Zugriff: 23.10.2018); Vgl. hierzu auch die Beiträge „Haushaltspolitik“ und „Europäische Kommission“ in diesem Jahrbuch.

Mitgliedstaaten verstanden und sei „nicht normal“, wie Finanzminister Goranov erklärte.<sup>8</sup> Gerade rechtsstaatliche Defizite, mangelnder Kampf gegen organisierte Kriminalität und Korruption sind die Gründe, weshalb Bulgarien seit 2007 einem Monitoring unterliegt und sich in den regelmäßigen Berichten der Europäischen Kommission, wie zuletzt im November 2017, Kritik ausgesetzt sieht. In keinem der dort aufgeführten sechs „benchmarks“ hat es Bulgarien bisher zu einem für die EU-Kommission zufriedenstellenden Ergebnis geschafft.<sup>9</sup> Mit diesen Mängeln verbaut sich Bulgarien auch bisher den Weg in den Schengenraum. Bulgarien sieht sich wegen rechtsstaatlicher Schwachstellen und ungenügender Korruptionsbekämpfung starken Gegnern – wie Frankreich, Deutschland und den Niederlanden – ausgesetzt, obwohl die Europäische Kommission bereits seit 2010 im Grundsatz grünes Licht gegeben hatte. Ministerpräsident Boiko Borissov hebt dagegen als Zeugnis der Reife seines Landes vor allem hervor, dass Bulgarien im Zuge der Migrations- und Flüchtlingskrise gezeigt habe, dass es die EU-Außengrenzen zuverlässig zu schützen vermag.

### Rückschritte und Skandale

Noch während der EU-Ratspräsidentschaft stellte „Reporter ohne Grenzen“ 2018 fest, dass Bulgarien bei der Medienfreiheit von Platz 36 im Jahr 2006 auf Platz 111 (von 180) abgerutscht ist.<sup>10</sup> Laut dem Journalisten Alexander Andreev ist Bulgarien damit „definitiv das unfreieste EU-Medienland.“<sup>11</sup> Deljan Peevski, dessen Nominierung für den Posten des Geheimdienstchefs 2013 einer der Auslöser für den Rücktritt der Regierung Orescharki war, ist nicht nur ein umstrittener Politiker in den Reihen der Bewegung für Rechte und Freiheit (DPS), dem Verbindungen in die organisierte Kriminalität nachgesagt werden, sondern mit seiner „New Bulgarian Media Group“ Eigner eines großen Medienimperiums. Er ist laut der Nichtregierungsorganisation „Verband der Herausgeber in Bulgarien“ eine Schlüsselfigur für die Kritik gegenüber undurchsichtigen Verflechtungen zwischen Herausgebern, Oligarchen und politischen Parteien in Bulgarien. Demnach würde das Modell „Peevski“ politische und personelle Interessen rund um das Kabinett des Premiers vereinen und auch innerhalb der Oppositionspartei der Bulgarischen Sozialistischen Partei (BSP) erheblichen Einfluss ausüben. Das Europäische Zentrum für Medienfreiheit warnte, dass EU-Gelder seitens der bulgarischen Regierung völlig intransparent an regierungsfreundliche Medienunternehmen gegeben würden. Das Zentrum forderte daher die Europäische Kommission auf, diese Vergabep Praxis der bulgarischen Regierung zu kontrollieren.

Überschattet war die EU-Ratspräsidentschaft von innenpolitischen Kontroversen und Skandalen, die bis in die Regierungskoalition zwischen der Partei „Bürger für eine europäische Entwicklung“ Bulgariens (GERB) und dem Verbund der ultra-nationalistischen VP hineinreichten. Auslöser für eine dieser Krisen war die sogenannten „Istanbuler Konvention“ des Europarats zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen, welche Bulgarien 2014

8 Georgi Gotev: Bulgarien kritisiert geplante Konditionalität bei EU-Geldern, in: Euractiv, 3.5.2018.

9 Report from the Commission to the European Parliament and the Council: On Progress in Bulgaria under the Co-operation and Verification Mechanism, 15.11.2017, COM(2017) 750 final.

10 Reporter ohne Grenzen: Bulgarien, abrufbar unter: <https://www.reporter-ohne-grenzen.de/bulgarien/> (letzter Zugriff: 23.10.2018).

11 Alexander Andreev: Eine Schande für Bulgarien, eine Schande für die EU, abrufbar unter: <https://www.dw.com/de/kommentar-eine-schande-f%C3%BCr-bulgarien-eine-schande-f%C3%BCr-die-eu/a-43566195> (letzter Zugriff: 30.6.18).

unterzeichnet hat und die von Premier Borissov Anfang Januar 2018 dem bulgarischen Parlament zur Ratifizierung übermittelt wurde. Krassimir Karakatschnov, stellvertretender Premier und Chef der Inneren Mazedonischen Revolutionären Organisation (VMRO) in der VP, polemisierte, die Konvention würde „das dritte Geschlecht“ und gleichgeschlechtliche Ehen legitimieren sowie Bulgarien zwingen, „Transvestiten aus dem Iran“ auf seinem Gebiet zu akzeptieren.<sup>12</sup> Volen Siderov von der rechtsextremen Ataka in der VP drohte mit dem Bruch der Regierungskoalition und auch Präsident Rumen Radev, die Bulgarische Sozialistische Partei (BSP) und bulgarische Religionsgemeinschaften, darunter die Bulgarisch-Orthodoxe Kirche, stellten sich gegen die Konvention. Die Debatte legte die mit „traditionellen Werten“ begründeten patriarchalen Geschlechterrollen und die Grenzen für eine liberale Gesellschaft quer durch die Parteienlandschaft des Landes offen. Schließlich zog Premier Borissov den Vertrag für die Ratifizierung durch die Bulgarische Nationalversammlung am 7. März 2018 zurück. Jetzt soll das Bulgarische Verfassungsgericht die Verfassungskonformität der Istanbuler Konvention prüfen.

Die weitere Krise rankte sich um das Anfang Februar 2018 bekannt gewordene Verkaufsvorhaben des tschechischen Stromanbieters ČEZ-Bulgarien an das bisher unbekannte bulgarische Familienunternehmen „Inercom“, bei dem schnell Zweifel angebracht wurden, ob dieses überhaupt in der Lage sei für ein derartiges Geschäft beziehungsweise ob die Inhaberin, Ginga Varbakova, nur als Strohfrau für andere Geschäftsinteressen (darunter auch von Boiko Borissov selbst) fungiert. Der ČEZ-Verkauf, einem Stromanbieter, der sowohl den Nordwesten Bulgariens als auch die Hauptstadt Sofia (und damit fast 40 Prozent aller Stromkunden) des Landes mit Strom versorgt, drohte für den Premier zum Schleudersitz zu werden. Bereits 2013 waren es die Strompreise, die Massenproteste verursachten und Borissovs damalige Regierung zum Rücktritt zwangen. Energieministerin Temenuzhka Petkova trat zurück, da sie mit Varbakova bekannt war. Aber damit war das Problem nicht vom Tisch. Als Einzelheiten über den fragwürdigen Deal an die Öffentlichkeit gelangten, wurde der Skandal selbst für den tschechischen Premier Andrej Babiš zum Problem. Nicht nur die bulgarische Banken Unicredit Bulbank und First Investment Bank sollten als Kreditgeber fungieren, sondern auch Offshore-Unternehmen eines russisch-georgischen Geschäftsmannes.<sup>13</sup> Borissov erklärte, dass er darüber von Babiš geheime Dossiers erhalten habe, was dieser umgehend dementierte. Schließlich zog die ČEZ, die wegen anderer Investitionsstreitigkeiten gegen Bulgarien vor das internationale Schiedsgericht gezogen ist, ihr Verkaufsangebot zurück.<sup>14</sup>

### Weiterführende Literatur

Bertelsmann Stiftung: Bertelsmann Transformationsindex 2018 – Bulgarien, abrufbar unter: <https://www.bti-project.org/es/berichte/laenderberichte/detail/itc/bgr/> (letzter Zugriff: 23.10.2018).

Georgi Karasimeonov (Hrsg.): Polit-Barometer, Friedrich Ebert Stiftung Sofia, 1/2018; 4/2017; 3/2017.

Reporters Without Borders: The Media Freedom White Paper, Sofia 2018.

---

12 Bulgarian Presidency: Bulgarian nationalists rock the cabinet, fearing “third sex” legitimisation, 5.1.2018, abrufbar unter: <http://bulgarianpresidency.eu/bulgarian-nationalists-rock-cabinet-fearing-third-sex-legitimation/> (letzter Zugriff: 1.7.2018).

13 Georgi Gotev: CEZ scandal reaches geopolitical proportions, 9.3.2018, abrufbar unter: <http://bulgarianpresidency.eu/cez-deal-reaches-geopolitical-proportions/> (letzter Zugriff: 23.10.2018).

14 Markus Bernath: Bulgarien: Bizarre Deals im Land der Oligarchen und der Armut; abrufbar unter: <https://www.derstandard.de/story/2000075802826/bizarre-deals-im-land-der-oligarchen-und-der-armut> (letzter Zugriff: 23.10.2018).